

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Veranstaltung:
Tageblatt Rieser,
Fennelstr. 20,
Rostock Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Weichenheim, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Meißner bestmögliche Blatt.

Postkassente:
Dresden 1330.
Stempel:
Rieser Nr. 22.

Nr. 301.

Donnerstag, 28. Dezember 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postzahlung RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Wägen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 35 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und unbedeutender Satz 50%. Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt enthält, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt, Zahlungs- und Bezahlungsdruck: Rieser, Kätzigstraße 59, Meißner am Markt. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Verlagsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser, Kätzigstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Französische Denkschrift an Deutschland

Die deutschen Vorschläge angeblich teilweise abgelehnt und Gegenforderungen erhoben.

Pariser Ministerrat

Bericht über die deutsch-französischen Besprechungen

Der französische Ministerrat tagte Mittwochnachmittag über dreieinhalb Stunden unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten. Die Minister beschäftigten sich zunächst mit dem schweren Eisenbahnglück bei Lagny und beschloßen, eine allgemeine Untersuchung einzuleiten, die sich nicht nur auf die Verantwortlichkeit des Lokomotivführers und des Heizers des Schnellzuges Paris—Straßburg erstrecken soll, sondern auch auf die Verpflichtungen der Eisenbahngesellschaften, wobei nachgeprüft werden soll, ob alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden waren.

Zu den deutsch-französischen Besprechungen erstattete der Außenminister einen ausführlichen Bericht über die verschiedenen Informationen, die er in der Frage der Abrüstung eingeholt habe. Paul-Boncour machte den Ministerrat mit den großen Linien seiner Denkschrift bekannt, die er dem französischen Botschafter in Berlin zugehen lassen will. Der Ministerrat stimmte diesem Vorschlag und dem Inhalt der Denkschrift zu.

Eine Erklärung Chaumemps

Ministerpräsident Chaumemps empfing im Anschluß an die Sitzung des Ministerrats die französischen Pressevertreter und erklärte ihnen, die französische Regierung müsse zunächst noch eine starke Zurückhaltung beobachten, weil es nicht üblich sei, diplomatische Schriftstücke zu veröffentlichen, bevor sie zur Kenntnis der ausländischen Regierung gelangt seien, für die sie bestimmt seien.

Chaumemps fuhr dann wörtlich fort: „Alles, was ich Ihnen sagen kann, ist, daß Frankreich, wenn es gern bereit ist, mit allen interessierten Staaten die Besprechungen fortzusetzen, die zudem von dem Büro der Abrüstungskonferenz vorgehen werden — die Organisation der allgemeinen Sicherheit auf dem Wege der Rüstungseinschränkung und im Rahmen des Völkerbundes sucht. Die französische Regierung ist heute wie früher bereit, von sich aus entsprechende positive Vorschläge zu machen, die den Verhandlungspartnern die Möglichkeit des französischen Friedenswillens beweisen würden.“ Chaumemps fügte hinzu, daß der genaue Zeitpunkt für die Überreichung der Denkschrift noch nicht festliege.

In politischen Kreisen erklärt man, daß der französische Botschafter in Berlin den Inhalt persönlich vortragen und das Schriftstück dann der Reichsregierung überreichen werde. Man erklärt ferner, daß die Ausführungen des Ministerpräsidenten in erster Linie aus innerpolitischen Gründen erfolgt seien, um einer Auseinandersetzung der französischen Presse über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit unmittelbarer Verhandlungen mit Deutschland vorzubeugen. Chaumemps habe durch seine Ausführungen zum Ausdruck bringen wollen, daß diese Frage überhaupt nicht zur Debatte stehe, daß Frankreich vielmehr selbstverständlich den einmal begonnenen Reinigungsaustrausch fortzusetzen beabsichtige.

Pariser Vermutungen über die französische Denkschrift.

Paris. (Funknach.) Ueber den Inhalt der Denkschrift, die auf Grund der gestrigen Beschlüsse des Ministerrats nunmehr dem französischen Botschafter in Berlin zugehen werde, erzählt man aus unterrichteten französischen Kreisen, daß das Pariser Kabinett dem vom Reichsminister Hitler betonten Willen zur Verstärkung der europäischen Nichtangriffspakte und zur Annahme einer gegenseitigen allgemeinen Rüstungskontrolle mit Befriedigung zur Kenntnis nehme. Aber die Vorbedingungen Deutschlands, ein 500 000-Mann-Heer, die Aufrechterhaltung der SA und SS, und das Material für ein 100 000-Mann-Heer, können im absoluten Gegensatz zu den Arbeiten der Abrüstungskonferenz, Frankreich könne sich keinem Abrüstungsvertrag mit Deutschland anschließen. Die französische Regierung teile keineswegs den Optimismus der leitenden Politiker in Deutschland hinsichtlich des Ergebnisses der Abrüstungskonferenz. Sie glaube im Gegenteil, daß im Rahmen des Völkerbundes nur und auf dem Wege der Herabsetzung der Rüstungen die internationale Sicherheit geschaffen werden könne, die die Grundlage der Anerkennung des Gleichberechtigungsgrundsatzes bilde. Um das Endabkommen vorzubereiten, sei das Pariser Kabinett zu allen Verhandlungen mit den inter-

Der Deutsche Rechtsstand proklamiert.

Dr. Frank vor den Reichsgruppenleitern und Amtsträgern.

München. Aus Anlaß des Abschlusses der organisatorischen Arbeiten des Aufbaues der Deutschen Rechtsfront und des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen vertrat Dr. Frank die Reichsgruppenleiter der sämtlichen Berufsgruppen des deutschen Juristentums und aller in dem Recht wurzelnden Amtsträger, einschließlich der Wirtschaftsjuristen, also der Volkswirte und Wirtschaftstrendänder, im Hause der Deutschen Rechtsfront.

Dr. Frank dankte seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und betonte erneut, daß der nationalsozialistische Jurist nur ein Ziel kenne, nämlich die Verwirklichung des deutschen Rechts zum Zweck der Sicherung der Lebensbedingungen des deutschen Volkes in die weite Zukunft hinein. Dr. Frank proklamierte bei diesem Anlaß den nunmehr reichs- und parteiamtlich anerkannten deutschen Rechtsstand. Der Deutsche Rechtsstand umfasse alle Arbeiten am Recht, deren charakteristische Funktionen in der Vetreuung und Durchsetzung des Rechts in allen Lebensbereichen des deutschen Volkes liegen. Der Deutsche Rechtsstand hat die Aufgabe, die Einzelheiten des einzelnen Volksgenossen in den Staat, die Beziehungen der deutschen Volksgenossen untereinander, sowie die Verbindung der Lebens- und Arbeitsorganisationen des nationalsozialistischen Lebenskörpers auf den Boden des Rechts zu stellen und zu bewahren. Der Deutsche Rechtsstand ist nicht nur der Staatsführung Adolf Hitlers unterstellt, sondern verpflichtet und berufen, sich für die Schaffung eines neuen Rechts und einer neuen Wirtschafts-

ordnung mit allen Kräften einzusetzen, ohne Unterschied auf die tatsächliche Vorbildung. Der Führer des Deutschen Rechtsstandes, der Reichsjuristenführer, ist dem Führer Adolf Hitler unmittelbar unterstellt und ihm unmittelbar verantwortlich. Der Deutsche Rechtsstand wird in völliger Selbstständigkeit und klarer Abgrenzung von den übrigen ständischen Organisationen des deutschen Volkes alle Fragen des Rechts umfassend behandeln. Der Reichsjuristenführer Dr. Frank, dessen Stellvertreter in der Führung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen bekanntlich der preussische Justizminister Kertel und der Staatssekretär im preussischen Justizministerium, Dr. Freiler sind, wiederholte unter einem härmlich aufgenommenen Beifall auf den Führer und das ewige deutsche Vaterland das Gelöbnis der Treue, das die deutschen Juristen dem Führer in so eindrucksvoller Weise auf dem Deutschen Juristentag in Leipzig abgelegt hatten.

Der Deutsche Anwaltsverein aufgelöst.

Berlin. Der Deutsche Anwaltsverein, die größte bisher in Deutschland bestehende Berufsorganisation, mit 15 000 Mitgliedern, unter denen bis vor kurzem noch 800 jüdische Anwälte waren, ist in Hamburg in einer Volksversammlung der Mitglieder nach entsprechender Sachungsabklärung aufgelöst worden. Die Mitglieder sind einzeln in den Nationalsozialistischen Juristenbund aufgenommen und in die Reichsgruppen Rechtsanwälte eingegliedert worden.

effizienten Staaten bereit und erneuere die Abrüstungsvorschläge, die auf Grund der englisch-französischen Verhandlungen am 28. und 29. September festgelegt worden seien, also zwei Übergangsperioden von je vier Jahren vorlägen. Während der ersten vier Jahre würden alle europäischen Heere nach einem einheitlichen Typ mit kurzfristiger Dienstzeit vereinheitlicht werden. Deutschland würde über 200 000 Mann regulärer Soldaten unter Ausschluß der militärischen Verbände und über ein dreizehn Streiträften entsprechendes leichtes Defensivmaterial verfügen.

Rätseltaten über das Ergebnis des französischen Ministerrats.

Paris. Der Ausgang des Ministerrats unterliegt nach Auffassung französischer Blätter keinem Zweifel. Man behauptet allgemein, daß der Ministerpräsident im Einvernehmen mit dem Außenminister beschließen werde, den französischen Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, zu beauftragen, die von der Reichsregierung gemachten Vorschläge „abzulehnen“, was sich aber wohl nur auf einen Teil der Funktionen beziehen kann. Man verheißt in politischen Kreisen aber nicht, daß diese Auffassung bei den Mitgliedern der französischen Regierung keine Einstimmigkeit findet. Besonders Daladier soll gegen diese Art des Vorgehens eingestellt sein. Die Liberté betont am Mittwoch, daß man sich über drei Punkte vollkommen klar sei. Weder nehme man einen Nichtangriffspakt an, der Frankreich des Vocarnopasses beraube (?), noch die Beibehaltung der SA, SS und des Stahlhelms. Die Regierung halte an der Auffassung fest, daß eine Besprechung außerhalb des Genfer Rahmens unmöglich sei.

Notre Temps glaubt zu wissen, daß die deutsche Regierung auf die Vorschläge der französischen Regierung mit Gegenvorschlägen antworten würde. Diese Vorschläge würden wahrscheinlich darauf hinauslaufen, durch die Wiedereinführung der Dienstpflicht in Deutschland die Reichswehr umzuorganisieren, um das französische und das deutsche Heer zunächst einmal in ihrer organisatorischen Gestaltung auf einen gleichen Nenner zu bringen. Frankreich werde ferner einen Plan für die clavisweise Durchführung der Abrüstung vorlegen, der jede Wiederaufrüstung Deutschlands ausschließe. Die Ansicht der französischen Regierung gehe dahin, den Reichsminister dazu zu bewegen, einmal seine Forderung herabzusetzen und zum anderen der Auflösung der sogenannten „paramilitärischen“ Organisationen zuzustimmen.

Man wird also mit Berlin verhandeln, schreibt Paris Zeit, aber nicht in einem tête-à-tête. Das französische Schiff nimmt Richtung nicht auf Berlin, sondern auf Genf.

Intransigent bemerkt, die französische Weigerung beziehe sich lediglich auf das Grundzügliche, was aber nicht als Grund aufgefaßt werde.

Die Besprechungen, die der belgische Außenminister im Laufe des Mittwoch mit den verschiedenen französischen Ministern hatte, sind angeblich in der gleichen Richtung verlaufen und sollen zu einer vollkommenen Übereinstimmung geführt haben. Man hebt jedoch gleichfalls hervor, daß die Beziehungen zu Deutschland nicht den alleinigen Gegenstand der Unterredung dargestellt hätten, sondern daß dem belgischen Minister auch sehr viel an einer Klärung der belgisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen gelegen sei.

Paris. Die Pariser Morgenpresse stimmt nicht einmütig den gestrigen Beschlüssen der Regierung über die deutsch-französischen Besprechungen zu.

„Voltaire“ bekräftigt zwar, daß der französische Außenminister es vermeiden habe, diese Besprechungen durch eine heftige Weigerung abzubrechen, kritisiert aber die Methoden, die die Regierung anzuwenden beabsichtige. Das Blatt setzt sich für direkte Besprechungen ein.

Die radikalsozialistische „Cris Nouvelle“ stimmt hingegen der Regierung voll und ganz zu. Es sei sehr richtig, daß man sich in Paris, London und Rom darüber klar werde, daß alle wichtigen Vorschläge nur Hirnspinnerei seien und daß Frankreich nicht mit sich spielen lasse.

Von Blum vertritt im „Vopulair“ wieder die Idee von der Ausarbeitung eines allgemeinen Abrüstungsplanes, dem die Reichsregierung entweder annehmen könne, oder den man ihr einfach aufzwingen müßte. Frankreich habe nur die Wahl zwischen dieser Methode oder einem allgemeinen Rüstungswettlauf.

Der französische Ministerrat im Spiegel Pariser Blätter.

Paris. Der gestrige Ministerrat veranlaßt „Paris Zeit“ in seiner bereits vor Beendigung des Ministerrats erschienenen Ausgabe zu folgenden Feststellungen:

Man wird also mit Berlin verhandeln, aber nicht in einem tête-à-tête. Das französische Schiff nimmt Richtung nicht auf Berlin, sondern auf Genf. — „Intransigent“ bemerkt, die Ansicht auf direkte Besprechungen mit Deutschland schmeie die ruhigen Elemente der Regierungsmehrheit etwas erschreckt zu haben. Man sehe nicht recht, welchen Nutzen man aus dem offenen Bruch mit dem seit Genf eingeführten diplomatischen Methoden ziehen könne. Man wolle Deutschlands Vorschläge ändern, aber nicht über sie verhandeln, als ob Frankreich allein Zielung zu nehmen hätte. Frankreich könne nicht den Blick seiner freundschaftlichen Verbündeten, nur um den Schein seiner Sicherheit zu retten.